

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
01. Landkreis Diepholz	
<p>FACHDIENST KREISENTWICKLUNG - NATURSCHUTZ</p> <p>Aus naturschutzbehördlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegenüber der Bauleitplanung, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im Rahmen der nachgelagerten Baugenehmigungsverfahren sind die Anforderungen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung nach § 13ff. BNatSchG sowie die Anforderungen des Artenschutzrechtes gem. § 44 BNatSchG ordnungsgemäß und fachkundig abzuarbeiten. - Im Hinblick auf die im geplanten überbaubaren Bereich vorhandenen landschaftsbildprägenden Altgehölze, die zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit ein artenschutzfachliches Potenzial aufweisen, erscheint die dauerhafte Sicherung durch Erhaltungsfestsetzungen bereits auf Satzungsebene geboten (Vermeidungsgrundsatz Eingriffsregelung). 	<p style="text-align: right;">vom 06.05.2025</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.</p> <p>Hierfür besteht keine Rechtsgrundlage, da nach § 35 Abs. 6 BauGB nur nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit baulicher Anlagen getroffen werden können. Beschlussvorschlag: keine Berücksichtigung.</p>
<p>FACHDIENST UMWELT UND STRASSE - ABFALL- UND BODENSCHUTZ</p> <p>Im Geltungsbereich des Plangebietes befinden sich zum gegenwärtigen Kenntnisstand (05/2025) keine erfassten Altablagerungen (ehemalige Deponien). Allerdings befindet sich im Plangebiet - entgegen der Aussage im Kapitel 7 „Altlasten“ des Erläuterungstextes - eine Verdachtsfläche. Diese Verdachtsfläche wird unter der Nr. 251.044.5.000.0087 im Kataster der Verdachtsflächen und Altstandorte geführt. Die Eintragung als Verdachtsfläche ist bedingt durch gewerbliche Nutzung im Bereich dieser Fläche (Standortbezeichnung: Wagenfelder Baugesellschaft m.b.H.).</p> <p>Die Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde empfiehlt, dass der Planungs- bzw. Vorhabenträger für die o.g. Verdachtsfläche im Plangebiet die aktuelle konkrete Verdachtssituation betr. Altlasten bzw. schädlichen Bodenveränderungen durch einen Gutachter für Boden- und Grundwasserverunreinigungen bzw. Altlasten oder Sachverständigen nach § 18 BBodSchG (Bundes-Bodenschutzgesetz) auf Grundlage einer historischen Recherche und Untersuchungen beurteilen lässt bzw. aufklärt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Begründung wird redaktionell geändert. Beschlussvorschlag: Berücksichtigung.</p> <p>Durch die Aufstellung dieser Außenbereichssatzung werden keine unmittelbaren Baurechte auf den Grundstücken geschaffen. In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: keine Berücksichtigung.</p>
<p>FACHDIENST UMWELT UND STRASSE - WASSERWIRTSCHAFT</p> <p>Aufgrund der hier vorliegenden Unterlagen zur am 17.01.1989 erteilten wasserrechtlichen Genehmigung nach §154 NWG (Az: 66.35.31-6 Kontroll-Nr.: 4676) im Zusammenhang mit dem Bau des Schmutzwasserpumpwerks „Schulsiedlung“ wird davon ausgegangen, dass der Geltungsbereich der geplanten Außenbereichssatzung vollumfänglich an die zentrale Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Wagenfeld angeschlossen ist.</p> <p>Eine konkrete Aussage zu diesem Sachverhalt ist unter Ziffer 6 „Erschließung“ nicht enthalten.</p>	<p>Annahme ist zutreffend. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.</p> <p>Begründung wird redaktionell geändert. Beschlussvorschlag: Berücksichtigung.</p>

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
01. Landkreis Diepholz	vom 06.05.2025
<p>Aufgrund der Inhalte der wasserrechtlichen Erlaubnis nach §10 NWG Az: XXI (DH) 653-42 Nr. 456 Kontroll-Nr.: 4362, welche die UWB der Gemeinde Wagenfeld mit Datum vom 15.09.1986 erteilt hat, erfolgt die Niederschlagswasserbeseitigung im Bereich „Schulsiedlung“ durch Anschluss an den Regenwasserkanalsammler mit der Einleitungsstelle 7) in den Vorfluter „Geestmoor-Randgraben“ (Gew. II. O.). Die Gemeinde Wagenfeld ist als Inhaberin der v.g. wasserrechtlichen Erlaubnis dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass die Vorgaben der wasserrechtl. Erlaubnis eingehalten werden.</p> <p>Im Rahmen zukünftiger Bauvorhaben im Geltungsbereich der Außenbereichssatzung Schulsiedlung muss jeweils geprüft werden, ob die in dieser Erlaubnis festgelegte maximal zulässige Einleitungsmenge auch weiterhin eingehalten wird oder ob Anlagen zur Rückhaltung/Drosselung der anfallenden Niederschlagsmengen notwendig werden.</p> <p>Es wird empfohlen, dass die Gemeinde Wagenfeld diesen Sachverhalt bei jedem beantragten Bauvorhaben mit der UWB auf der Grundlage aussagekräftiger Angaben im Antrag gemäß der kommunalen Abwassersatzung auf Anschluss an die zentrale Regenwasserkanalisation inhaltlich abstimmt- die UWB wird hier im Zuge der Gewässeraufsicht gem. § 100 WHG tätig.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.</p> <p>In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.</p> <p>In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.</p>
<p><u>FACHDIENST BAUORDNUNG UND STÄDTEBAU - BRANDSCHUTZ</u></p> <p>Aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes bestehen gegen die o.g. Bauleitplanung keine Bedenken, sofern</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Grundversorgung mit Löschwasser entsprechend § 2 NBrandSchG durch die Gemeinde gewährleistet wird. Diese beträgt nach dem DVGW-Regelwerk Arbeitsblatt W 405 des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. im Plangebiet 48 m³/h und muss für die Dauer von 2 Stunden in einem Umkreis von 300 m bereitgestellt werden. - die Straßenverkehrsflächen, die Zufahrten und die Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr entsprechend der Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr vorhanden sind bzw. angelegt werden. 	
<p><u>FACHDIENST BAUORDNUNG UND STÄDTEBAU - STÄDTEBAU</u></p> <p>Aus planungsrechtlicher Sicht wird dringend empfohlen die Rechtsgrundlage (BauNVO, BauGB, PlanZV) der Planung in der Planzeichnung in ihrer maßgeblichen Fassung darzulegen.</p>	<p>Planzeichenerklärung wird entsprechend redaktionell ergänzt. Beschlussvorschlag: Berücksichtigung.</p>

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
02. Amt für regionale Landesentwicklung vom 15.04.2025	
Von der oben genannten Bauleitplanung "Schulsiedlung" im Außenbereich der Gemeinde Wagenfeld ist kein Flurbereinigungsverfahren des ArL Leine-Weser, Geschäftsstelle Sulingen, betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
03. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie vom 24.04.2025	
<u>Hinweise</u> Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen. Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (unser Zeichen: LID.4-L67214-07-2024-0001). In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen. Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.	In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
04. Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 17.04.2025	
Im Zweiten Weltkrieg war das heutige Gebiet des Landes Niedersachsen vollständig durch Kampfhandlungen betroffen. In der Folge können heute noch nicht detonierte Kampfmittel, z.B. Bomben, Minen, Granaten oder sonstige Munition im Boden verblieben sein. Daher sollte vor geplanten Bodeneingriffen grundsätzlich eine Gefährdungsbeurteilung hinsichtlich der Kampfmittelbelastung durchgeführt werden.	In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
04. Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 17.04.2025	
Eine mögliche Maßnahme zur Beurteilung der Gefahren ist eine historische Erkundung, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Kriegsluftbildauswertung). Eine weitere Möglichkeit bietet die Sondierung durch eine gewerbliche Kampfmittelräumfirma. Bei der zuständigen Gefahrenabwehrbehörde (in der Regel die Gemeinde) sollte sich vor Bodeneingriffen über die vor Ort geltenden Vorgaben informiert werden. Bei konkreten Baumaßnahmen berät der KBD zudem über geeignete Vorgehensweisen.	In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
05. Niedersächsische Landesforsten – Forstamt Nienburg vom 15.04.2025	
Aus Sicht der von mir zu vertretenen Waldbelange gibt es keine Bedenken. Wald ist nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
06. Amprion GmbH vom 07.04.2025	
Im Planbereich der o.a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
07. ExxonMobil Production Deutschland GmbH vom 04.04.2025	
Die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr. Wir möchten Ihnen mitteilen, dass Anlagen oder Leitungen der genannten Gesellschaften von dem angefragten Vorhaben nicht betroffen sind.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
08. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH vom 30.04.2025	
Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist derzeit nicht geplant.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
<div data-bbox="114 300 1117 331"> 09. Deutsche Telekom Technik GmbH <div data-bbox="1890 300 2092 331">vom 30.04.2025</div> </div> <p data-bbox="114 331 1117 547">Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigen- tümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 125 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Tele- kom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzuneh- men und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom.</p> <p data-bbox="114 579 1117 826">Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhande- nen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikati- onslinien jederzeit möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausfüh- renden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren (Internet: https://trassenauskunftkabel.telekom.de oder per Email: Planauskunft.Nord@tele- kom.de). Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	
<div data-bbox="114 890 1117 922"> 10. Nowega GmbH <div data-bbox="1890 890 2092 922">vom 10.04.2025</div> </div> <p data-bbox="114 922 1117 1042">Von dem Vorhaben sind nachfolgende Anlagen der Nowega GmbH betroffen: Gashochdruckleitung 14c Rehden - Steinbrink, Schutzstreifenbreite 8,00 m Die vorgenannte Gashochdruckleitung ist durch beschränkte persönliche Dienstbar- keiten rechtlich gesichert. Wir gehen davon aus, dass sich aus den geplanten Maßnahmen keine unmittelba- ren Auswirkungen auf unsere Anlagen ergeben. Daher bestehen gegen das ge- plante Bauvorhaben keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	
<div data-bbox="114 1201 1117 1233"> 11. Wintershall Dea Deutschland GmbH <div data-bbox="1890 1201 2092 1233">vom 10.04.2025</div> </div> <p data-bbox="114 1233 1117 1385">Der räumliche Geltungsbereich des oben genannten Verfahrens liegt außerhalb un- serer öffentlich-rechtlich verliehenen Bergbauberechtigungen nach Bundesbergge- setz (BBergG) zur Gewinnung von Rohstoffen. In unserem Eigentum befindliche Bohrungen oder Anlagen sind von dem Verfahren ebenfalls nicht betroffen. Es be- stehen keine Bedenken bzgl. der Durchführung des Vorhabens.</p>	

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
12. GVG Glasfaser GmbH vom 07.04.2025	
In dem von Ihnen angefragten Bereich – (nahe) Schulsiedlung, Bockel, Wagenfeld, Landkreis Diepholz, Niedersachsen, 49419, Deutschland – existieren Leitungsbestände, die in unserem Eigentum liegen. Des Weiteren beachten Sie bitte die weiteren Anhänge wie unsere Kabelschutzanweisung und ggf. ergänzende Bohrprotokolle.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. In nachfolgenden bauordnungsrechtlichen Verfahren ggf. zu berücksichtigen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
13. GASCADE Gastransport GmbH vom 25.04.2025	
Wir, GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber SEFE Energy GmbH (Rechtsnachfolgerin der WIN-GAS GmbH) sowie NEL Gastransport GmbH. Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein. Nachträgliche Lageänderungen in Ihrer Projektplanung bedürfen eines erneuten Antrags auf Zustimmung. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
14. Westnetz GmbH vom 29.04.2025	
Nach Prüfung Ihrer Unterlagen vom 03.04.2025, teilen wir Ihnen mit, dass unsererseits keine Bedenken zum o.g. Vorhaben bestehen, wenn nachfolgende Ausführungen beachtet werden: Hinsichtlich der im Verfahrensgebiet geplanten Hochspannungsleitung haben wir die uns übersandten Unterlagen an unsere hierfür zuständige Fachabteilung (stellungnahmen@westnetz.de) weitergeleitet. Hierzu werden Sie von dort eine entsprechende Stellungnahme erhalten.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich. Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
15. Unterhaltungsverband Nr.71 „Hunte“ vom 09.04.2025	
Die Belange des Unterhaltungsverbandes werden von diesem Vorhaben nicht berührt.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.

Stellungnahme	Abwägungs- / Beschlussvorschlag
16. Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen vom 23.04.2025	
Wir haben grundsätzlich keine Einwände bezüglich der oben genannten Planungen. Allerdings weisen wir darauf hin, dass die Anbindung des Gebietes durch den öffentlichen Personennahverkehr nur über die Linie 167 an der Haltestelle „Grundschule“ erfolgt. Das Fahrtenangebot der Linie ist auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
17. Samtgemeinde Rehden vom 07.04.2025	
Seitens der Samtgemeinde Rehden und ihrer Mitgliedsgemeinden werden weder Anregungen noch Bedenken zur Aufstellung der Außenbereichssatzung „Schulsiedlung“ der Gemeinde Wagenfeld vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
18. Samtgemeinde Kirchdorf vom 24.04.2025	
Seitens der Samtgemeinde Kirchdorf werden keine Anregungen oder Hinweise zu der o.g. Bauleitplanung der Gemeinde Wagenfeld vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.
19. Gemeinde Stemwede vom 14.04.2025	
Durch Ihre o.g. Planung werden von mir wahrzunehmende öffentliche Belange nicht berührt. Anregungen und Bedenken werden nicht vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen. Beschlussvorschlag: nicht erforderlich.